

AK: Staat muss Gesamtkosten für Volkszählung übernehmen

Wien (AK) - Die AK kritisiert die Pläne der Regierung zur Finanzierung der Volkszählung, wonach Sponsoren aus der Wirtschaft für einen Teil der Kosten aufkommen könnten. Die AK verlangt, dass die Regierung die Gesamtkosten übernimmt, da die Daten öffentliches Gut sind und als Basis für künftige politische und ökonomische statistische Analysen erforderlich sind. ****

Die AK spricht sich vehement gegen die Pläne der Regierung aus, wonach Sponsoren einen Teil der Kosten für die Volkszählung übernehmen könnten. Amtliche Statistik ist ein öffentliches Gut und von größter gesellschaftlicher Bedeutung, sagt die AK.

Die Ergebnisse einer Großzählung sind nicht nur für die Ermittlung und Feststellung der Abgeordnetenzahlen für den Nationalrat bzw Bundesrat oder den Finanzausgleich wichtig, sondern auch für statistische Analysen, sagt die AK. So wird aus den Antworten für die in der Volkszählung vorgesehenen Berufs-, Bildungs- und Pendlerfragen nicht nur die Struktur der Wohnbevölkerung, sondern auch die Beschäftigten ermittelt. Die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung liefern wichtige Unterlagen für Wohnbau-, Energie und Umweltpolitik. Darüber hinaus sind die Ergebnisse meist auch die einzige und wesentliche Quelle für darauf aufbauende Teile der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die auch verpflichtend an internationale Organisationen (OECD, EU, etc) gemeldet werden muss.

Die Ergebnisse der Volkszählung 2001 sollen darüber hinaus auch für die Überprüfung und Bereinigung der Daten in den lokalen Melderegistern verwendet werden. Das Vorhaben der Regierung, ein Zentrales Melderegister einzurichten, bewertet die AK daher positiv, da durch einen Datenabgleich mit weiteren amtlichen Registern unter Einhaltung nationaler und internationaler Datenschutzbestimmungen zukünftige Großzählungen durchgeführt werden sollen, sagt die AK. Mögliche Gefahren, die entstehen, sobald sensible personenbezogene Daten auf Basis der Sozialversicherungsnummer für einen solchen Abgleich verwendet werden, dürfen keinesfalls unterschätzt werden, warnt die AK.

Rückfragehinweis: AK Wien Presse Doris Strecker

Tel.: (01) 501 65-2677
email: akpresse@akwien.or.at
<http://www.akwien.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0178 2000-08-10/12:52

101252 Aug 00

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20000810_OTS0178